

Der Vorabend des „Anschlusses“

Die Jahre 1928 bis 1938

Das Burgenland begeht im Jahr 2008 kein Jubiläumsjahr – wohl aber ein Gedenkjahr. Am 15. Oktober 1938, vor 70 Jahren, verschwand unser Bundesland von der politischen Landkarte. Die 17 Jahre seit 1921 reichten für die notwendige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsolidierung nicht aus. Der Weg führte direkt in den „Anschluss“ an Hitlerdeutschland.

Die Dekade von 1928 bis 1938 hat die Republik Österreich und das Land Burgenland nachhaltig geprägt. Es waren zehn schicksalhafte Jahre:

zu zwei Bürgerkriegen – im Februar 1934 zum Aufstand der Sozialdemokraten und im Juli desselben Jahres zum Putschversuch der Nationalsozialisten. In dieser Dekade begannen Verfolgungsmaßnahmen gegen Andersdenkende, ab März 1938 gegen ethnische und religiöse Minderheiten.

Wirtschaftliche Krise

Die Weltwirtschaftskrise erfasste das Burgenland mit dreijähriger Verzögerung. Von 1927 bis 1932 verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen. Besonders betroffen wa-

wirtschaft aus. Mit der Durchführung von landesweiten und regionalen Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel von Bachregulierungen und von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierung, konnte die Arbeitslosigkeit im Burgenland bis zum Vorabend des Anschlusses um ein Drittel verringert werden.

Wahlen

Von 1928 bis 1938 gab es im Burgenland drei demokratische Wahlen: Neben den kombinierten Landtags- und Nationalratswahlen des Jahres 1930 gab es die Gemeinderatswahlen von 1931. Entgegen den Trends in den anderen Bundesländern spielten bei der letzten freien Wahl im Burgenland die Nationalsozialisten – angetreten als Hitlerpartei – eine weitestgehend untergeordnete Rolle. Sie vermochten den Stimmenanteil nur marginal auf 1166 Wähler zu erhöhen und erlangten damit kaum mehr Stimmen als beispielsweise die jüdischen Regionalwahllisten in Lackenbach oder Deutschkreutz. Das Bemerkenswerte dieser Wahl ist hingegen, dass erstmals im Burgenland die Christlichsoziale Partei von den Sozialdemokraten an Wählerstimmen überholt wurde. Dieses Faktum hatte weit mehr Bedeutung für das politische Machtgefüge als der vermeintliche Aufstieg der Nationalsozialisten, denn es folgte ein Erstarren der Wehrverbände.

Die Bilder dieser Jahre zeigen die Landeshauptleute immer im Kreis Uniformierter, die nach und nach das politische Geschehen domi-



Fotos: Burgenländisches Landesarchiv

Arbeitslose in Eisenstadt in den 1930er Jahren

Es gab eine beispiellose Massenarbeitslosigkeit. 1931 fanden die letzten freien Wahlen für 18 Jahre statt. Es kam zum Ausschalten des Parlamentarismus und zur Etablierung eines austrofaschistischen Ständestaates. In dieser Zeit kam es

ren die burgenländischen Wanderarbeiter (Pendler), da sie die ersten waren, die von den Betrieben in den benachbarten Bundesländern freigesetzt wurden. Die zurückgehende Kaufkraft wirkte sich sofort auf das dörfliche Gewerbe und die Land-

nieren sollten. Der autoritäre Kurs unter Dollfuß führte schließlich zur Blockade des Parlaments. Die so genannte „Selbstausschaltung des Parlaments“ vom 4. März 1933 wurde mit dem Schutz der Bevölkerung vor den zerstörerischen Auswirkungen des demokratischen Parlamentarismus begründet. Die Regierung Dollfuß übte fortan die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus. In einer Zeit, in welcher der Nationalrat bereits beseitigt war, wurde im burgenländischen Landtag noch heftig diskutiert, polemisiert – aber auch kooperiert. Mit der Maiverfassung des Jahres 1934 endete auch im Burgenland jegliches demokratisch legitimierte Agieren im Landtag. Die Abgeordneten des ständischen Landtages waren – genauso wie der Landeshauptmann – von Dollfuß ernannt und nicht durch eine freie Wahl vom Volk gewählt.



Wahlen im Burgenland



Die ständische Landesregierung

Im Februar 1934 kam es zum Aufstand der Sozialdemokraten. Österreich befand sich im Bürgerkrieg. Dieser erfasste auch das Burgenland. Kurz nachdem am 12. Februar in Linz die ersten Schüsse gefallen waren, kam es im Burgenland zu einer Verhaftungswelle. Leitende Sozialdemokraten und die Führer des mittlerweile bereits verbotenen Schutzbundes wurden präventiv verhaftet. Im Burgenland wurden dennoch in Pöttching, Neufeld, Neutal und in Siegendorf Waffen ausgegeben. Einzig in Siegendorf kam es zu einem längeren Schusswechsel. Es gab auch burgenländische Opfer: 12 junge Rekruten des Feldjägerbataillons zu Rad aus Neusiedl fanden bei ihrem Einsatz in Kapfenberg den Tod.

Als im Juli 1934 die Nationalsozialisten Bundeskanzler Dollfuß ermordeten, kam es im Burgenland einzig in Minihof-Liebau zu einem Gefecht mit Nationalsozialisten, das unblutig beendet werden konnte.

Die Jahre von 1928 bis 1938 brachten die Ausgrenzung weiter Teile der burgenländischen Bevölkerung aus dem politischen Willensbildungsprozess und schließlich das Verschwinden der politischen Parteien.

Es folgte die Einführung der Todesstrafe für politische Delikte. Es kam zu Verfolgungsmaßnahmen politisch Andersdenkender und in Wöllersdorf und Kaisersteinbruch wurden Konzentrationslager eingerichtet.



Landeshauptmann Sylvester

Die Geschichte des Burgenlandes in der Ersten Republik war geprägt von Phasen des Konsenses, aber auch von Konflikten, von Aufbau und Zerstörung, von Verfolgung und Widerstand. Der Weg führte direkt in den „Anschluss“ des Jahres 1938.

Den dramatischen Stunden vor dem „Anschluss“ des Burgenlandes an Hitlerdeutschland am 11. bzw. 12. März 1938 ist ein zweiter Teil in der nächsten Ausgabe von „Kultur und Bildung“ gewidmet.

Dieter Szorger

**DER WEG ZUM ANSCHLUSS
BURGENLANDSCHICKSAL
1928–1938**

Ausstellung im
Landesmuseum Burgenland
Museumsgasse 1-5, 7000 Eisenstadt

Zu besichtigen bis **16. Nov. 2008**

www.burgenland.at/landesmuseum